

## Wahlprüfsteine

### Übersicht über das Echo der Parteien

Partei	Zwischenbescheid	Antwort
DIE LINKE	Antwort zugesagt	Komplett und ausführlich positiv beantwortet
Bündnis 90/Die Grünen	Eingang nicht einmal bestätigt	keine
SPD	Antwort zugesagt	keine
CDU/CSU	Eingang nicht einmal bestätigt	keine
FDP	Antwort zugesagt	keine

Die Partei **DIE LINKE** hat zu allen Punkten der **Wahlprüfsteine** ausführlich geantwortet.

Die SPD wurde zwischenzeitlich an ihre Antwortzusage erinnert. Im Internetauftritt des OKV wird zeitnah bis zur Wahl die Tabelle aktualisiert und werden die gegebenen Antworten im Wortlaut sichtbar gemacht.

Wir werden auch nach der Wahl Abweichungen im Handeln von Politikern öffentlich machen.

### Antwort der Partei DIE LINKE

#### auf Wahlprüfsteine des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden Zur Wahl des Deutschen Bundestages September 2017

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Unterbindung von Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr?**

Ja. DIE LINKE hat seit ihrem Einzug in den Bundestag alle Auslandseinsätze der Bundeswehr abgelehnt und wird dies auch weiterhin tun. Im vom Parteivorstand am 1./2. April 2017 beschlossenen Leitantrag zum Wahlprogramm ist die friedenspolitische Position der LINKEN fest verankert. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine spürbare Reduzierung der Produktion und des Exports von Waffen und für eine strikte Unterbindung des Waffenexports in Krisenregionen?**

Ja. Wir wollen erreichen, dass überhaupt keine Waffen und Rüstungsgüter mehr in andere Länder exportiert werden. Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. Als einzige Fraktion im Bundestag fordert die Linksfraktion regelmäßig in Anträgen den Waffenexport in Golfstaaten (18/8930) oder speziell nach Saudi-Arabien (18/7543) zu stoppen. Unser Ziel ist, dass sämtliche Rüstungsproduktion in Deutschland eingestellt wird. Wir wollen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen und den Abzug der US amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland?**

Ja. Gerade haben wir – gemeinsam mit den Grünen – die Bundesregierung in einem Antrag (18/11609) aufgefordert, die UN-Verhandlungen über die Ächtung von Atomwaffen zu unterstützen. Im Dezember 2016 hatte die UN-Vollversammlung beschlossen, Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im Jahr 2017 aufzunehmen. Wir haben kritisiert, dass die Bundesregierung diesen Beschluss nicht mitgetragen hat und bislang an den Verhandlungen auch nicht teilnehmen will.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zur Schließung des Kommandoentrums der US-amerikanischen Armee zur Drohnen Kriegsführung in Ramstein?**

Ja. DIE LINKE fordert die Schließung sämtlicher Standorte in Deutschland, die an Drohnenkriegen beteiligt sind. An den Protesten der Friedensbewegung in Ramstein beteiligt sich DIE LINKE regelmäßig. Im vergangenen Jahr ist dort Oskar Lafontaine aufgetreten. Auch in diesem Fall verbinden wir die aktive Unterstützung auf der Straße mit der Unterstützung im Parlament. Unsere Bundestagsfraktion hat die Forderung der Friedensbewegung in den Bundestag getragen (18/10863).

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa und weisen Sie deshalb die russlandfeindlichen Maßnahmen der NATO, wie die Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands, zurück?**

Ja. Die deutsch-russischen Beziehungen müssen dringend verbessert werden. In dieser Verantwortung stehen wir auch angesichts der Lehren aus der Vergangenheit. Es ist aber auch eine Notwendigkeit der Gegenwart. Internationale Konflikte können nur mit Russland gelöst werden. Mit der wachsenden Konfrontation mit Russland wächst auch die Kriegsgefahr in Europa. Wir brauchen eine neue auf Entspannung ausgerichtete Ostpolitik. Die Entsendung der Bundeswehr ins Baltikum, die Truppenmanöver der NATO in Osteuropa und die Installierung des NATO-Raketenschirms lehnen wir ebenso ab wie die NATO-Osterweiterung. In ihrem Antrag „Für eine neue Ostpolitik Deutschlands“ (18/11167) macht unsere Bundestagsfraktion Vorschläge für eine Wiederverbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses. Die EU-Sanktionen sollen aufgehoben, auf Regime-Change-Politik verzichtet werden. Wir wollen den Austausch mit Russland auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene (Jugendaustausch etc.) intensivieren.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für einen Rückzug der BRD aus der NATO und Aktivitäten zur Auflösung der NATO?**

Ja. DIE LINKE sieht in der NATO ein Relikt aus dem Kalten Krieg. Die NATO muss überwunden und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzt werden. Als ersten Schritt in diese Richtung soll Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten. Die NATO-Forderung, die deutschen Militär- und Rüstungsausgaben zukünftig zu verdoppeln, lehnt die LINKE kategorisch ab. Ein erster konkreter Schritt, den wir dazu beitragen können, ist die Schließung der militärischen Strukturen der NATO hier in der Bundesrepublik, denn durch die Existenz wichtiger NATO-Stützpunkte ist die Bundesrepublik fest in die Führung von Kriegen durch die NATO und ihre Mitgliedsstaaten, allen voran die USA, eingebunden.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation vor allem der unteren Schichten in der BRD? Unterstützen Sie alle Maßnahmen, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen?**

Die Befunde des in diesen Tagen vorgelegten Fünften Armuts- und Reichtumsberichts zeigen einen dringenden Handlungsbedarf zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit durch mehr soziale Gleichheit. Das bedeutet auch, dass die sozialen Ursachen für gesundheitliche Ungleichheit konsequent bekämpft werden. Der Bericht zeigt, dass der ökonomische Reichtum der Gesellschaft insgesamt zunimmt. Die notwendigen Ressourcen für eine lebenswerte und solidarische Gesellschaft für alle sind vorhanden. Die LINKE benennt die politischen Ursachen von sozialer Ungleichheit und Armut und benennt, dass die Leistungen der Grundsicherung das sozio-kulturelle Existenzminimum von hilfebedürftigen Personen nicht decken. Sie zeigt die Bedarfsunterdeckung und Armutslage der Leistungsberechtigten auf. Unmittelbar einsichtige politische Ursachen von sozialer Ungleichheit am unteren Ende – nämlich Grundsicherungsleistungen unterhalb der Armutsgrenze – werden durch die LINKE in ihren parlamentarischen Initiativen offengelegt. Durch die Linke im Bundestag wird die Notwendigkeit der sozialpolitischen Umverteilung zur Herstellung einer gerechteren Gesellschaft deutlich hervorgehoben. Die zentrale Verteilungsfrage wird in den Mittelpunkt gestellt. Auch wird auf die sozialen und ökonomischen Kosten der Ungleichheit hingewiesen. Es werden die Aussagen der OECD oder auch des DIW (DIW Wochenbericht 10/2017), dass steigende Einkommensungleichheit auch das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussen, durch uns in die Debatte eingebracht. In unserem Wahlprogramm finden sich konkrete Vorschläge zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut und Ungleichheit und zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Arbeit, Bildung und Wohnung und ein Verbot der Spekulation mit Grund und Boden sowie Immobilien?**

Soziale Grundrechte sind unabdingbar für ein würdiges Leben in einer sozial gerechten Gesellschaft. DIE LINKE

hat deshalb einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes „Aufnahme Sozialer Grundrechte ins Grundgesetz“ (BT-Drs. 18/10860; <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/108/1810860.pdf>) erarbeitet. Grundlegende wirtschaftliche und soziale Rechte sollen mit der Aufnahme in das Grundgesetz verfassungsrechtlich konkretisiert sowie rechtlich durchsetzbar gewährleistet werden. Dabei soll auch das Sozialstaatsprinzip durch die Aufnahme der Sozialen Grundrechte ins Grundgesetz der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung konkrete Maßstäbe an die Hand geben. Zudem soll die soziale Verpflichtung des Staates dadurch ausdrücklich zu einem individuellen, subjektiv durchsetzbaren Recht werden. Den Menschen könnten von Verfassung wegen unmittelbare Leistungsansprüche zugestanden werden, die im Falle ihrer Nichtgewährung gerügt werden könnten, d. h. auch individuell einklagbar werden. Dem Abbau sozialer Sicherungssysteme könnte so eine verfassungsrechtliche Grenze gesetzt werden.

Die in das Grundgesetz aufgenommenen sozialen Menschenrechte beinhalten die wichtigsten Voraussetzungen eines sozial gerechten Lebens in den Bereichen Arbeit, soziale Sicherheit, Gesundheit und Pflege, Wohnen und Bildung. Über diesen parlamentarischen Vorstoß hinaus bemüht sich DIE LINKE für eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt, der nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges, die Möglichkeit einer Individualbeschwerde an den zuständigen UN-Sozialausschuss vorsieht.

Wohnungen sind zu einem beliebten Objekt für Finanzspekulation geworden. In den Metropolen kämpfen Initiativen gegen „Gentrifizierung“ gegen die Verdrängung einkommensschwacher Anwohnerinnen und Anwohner aus ihren Stadtteilen. Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Das Soziale Menschenrecht auf Wohnen nimmt einen zentralen Stellenwert in dem genannten Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes „Aufnahme Sozialer Grundrechte ins Grundgesetz“. DIE LINKE unterstützt die Kommunen beim Aufbau wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe, die nicht profitorientiert, sondern gemeinwohlorientiert agieren, die öffentlich kontrollierbar sind und unmittelbar Einfluss auf gute Wohnqualität zu relativ niedrigen Mieten nehmen. Hierzu fordern wir einen Rekommunalisierungsfonds als Bundesprogramm, damit die Gemeinden ehemals privatisierte Wohnungsbestände wieder zurückerwerben können. Um dies zu erleichtern, sollen die Gemeinden ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht für diese und andere Mietwohnungen erhalten.

Darüber hinaus wollen wir die Spekulation mit Wohnungen bekämpfen. Die steuerbegünstigte Veräußerung von vermieteten Wohngebäuden ist abzuschaffen. Wohnungsverkäufe im Rahmen von Firmenverkäufen sind steuerlich den privaten Wohnungsverkäufen gleichzusetzen. Für Wohnungsbestände, die mit öffentlichen Mitteln gebaut worden sind, sollen die Kommunen ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht erhalten. Ansonsten soll für Wohnungsverkäufe eine Haltefrist gelten, um Spekulationsgeschäften vorzubeugen. Auch für al-

ternative Wohnformen muss es Sicherheit geben. Das Besetzen von spekulativ leerstehenden Häusern muss legalisiert werden. Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Zweckentfremdung von Mietwohnungen wollen wir stoppen. Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, dies auf dem Verordnungsweg zu verbieten. Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind bei den Altschulden zu entlasten. Der Stadtumbau Ost ist vom Bund weiterhin zu unterstützen, darf aber nicht zur Wohnungsverknappung führen und muss die Qualitätsverbesserung der Wohnungen zum Ziel haben.

***Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Unterbindung einer weiteren Privatisierung lebenswichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Rückgängigmachung von bereits vollzogener Privatisierung?***

Ja. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnt DIE LINKE seit Jahren ab und unterstützt die Rekommunalisierung von zuvor privatisierten öffentlichen Dienstleistungen. Im Plenum des Deutschen Bundestages, in Länderparlamenten, in kommunalen Gremien und auf zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land warnen Politiker/innen und Mitglieder der LINKEN vor den Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge, die insbesondere mit TTIP, CETA und ähnlichen Abkommen verbunden sind.

***Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Beseitigung der Ursachen in der Welt, die Menschen zur Flucht zwingen?***

Ja. Alle Parteien reden davon, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen. Aber nur DIE LINKE hat Vorschläge, die diesem Anspruch gerecht werden. Die Fluchtursache Nummer 1 ist Krieg. Insofern könnte Deutschland den größten Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen leisten, wenn es konsequent abrüstet, Waffenexporte stoppt und die Bundeswehr aus ihren Auslandseinsätzen abzieht (siehe oben). Außerdem muss Deutschland ganz klar Abstand nehmen von der Politik des Regime-Change. Die Anmaßung des Westens, über Sturz oder Verbleib von Regierungen anderer Länder zu entscheiden, hat viele Staaten ins Chaos gestürzt, ganze Regionen destabilisiert und Bürger- und Stellvertreterkriege hervorgerufen – und damit den Boden bereitet für islamistische Terrorgruppen. In Folge dessen waren und sind Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Schließlich müssen wir die globalen wirtschaftlichen Beziehungen verändern, wenn alle Menschen eine Perspektive haben sollen an dem Ort, an dem sie leben. DIE LINKE hat sich deshalb – gemeinsam mit sozialen Bewegungen in Afrika – gegen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gewandt, die die afrikanischen Märkte noch weiter für Importe aus der EU öffnen sollen und die die lokalen Märkte dort zerstören werden. Wir setzen uns ein für solidarische Handelsbeziehungen, die Entwicklungsunterschiede

berücksichtigen und den Ländern des Südens eine eigenständige Entwicklung ermöglichen. Wir verweisen auf die Broschüre der Linksfraktion: „Wie Flucht gemacht wird – Fluchtursachen und die Verantwortung Deutschlands“.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Unterbindung aller Maßnahmen der EU, die Länder des Südens im Interesse des Finanzkapitals auszubluten?**

Ja, so hat DIE LINKE. z.B. ungerechte, zum Nachteil der Länder des Südens ausgestaltete Freihandelsabkommen stets abgelehnt und wird auch künftig so verfahren. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist und bleibt unser Ziel.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die zu uns kommenden Flüchtlinge und die Unterbindung der Abschiebung von Asylsuchenden in Krisengebiete?**

DIE LINKE hat sich bereits in der laufenden Wahlperiode beispielsweise für bundeseinheitliche Standards bei der Unterbringung von Flüchtlingen, die volle Kostendeckung durch den Bund und besondere Aufnahmebedingungen für Menschen mit besonderem Schutzbedarf eingesetzt. Das werden wir auch im zukünftigen Bundestag tun. Wir werden auch weiterhin klar die Stimme gegen Abschiebungen in menschenunwürdige Lebensbedingungen erheben, sei es auf dem Balkan oder in Afghanistan.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung von Ost- an Westdeutschland und damit der Aufhebung der Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung bei berechtigten Lohn- und Rentenansprüchen?**

DIE LINKE kämpft für Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse. Es ist eine soziale Demütigung, dass die Ost-Löhne im 27. Jahr der deutschen Einheit immer noch rund 20 Prozent unter den westdeutschen Löhnen liegen. Auf allen Deutschlandkarten zeichnet sich bei Arbeitslosigkeit, Vermögen, Einkommen oder Wirtschaftskraft die DDR ab, weil die Unterschiede zwischen Ost und West immer noch gravierender sind als andere innerdeutsche Disparitäten. Wir kämpfen gegen die Hinhaltetpolitik der Regierungsparteien und geben den ostdeutschen Interessen im Bundestag eine Lobby.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für ein Ende der Diffamierung der DDR als Unrechts- und Pleitenstaat und damit gegen die Diffamierung der Lebensleistung von Millionen ostdeutschen Bürgern?**

DIE LINKE will im Osten Volkspartei bleiben. Wir haben eine besondere historische, soziale und kulturelle Verantwortung, aber auch Verbundenheit mit Ostdeutschland.

Die Menschen im Osten haben in der DDR und beim gesellschaftlichen Wandel nach dem Mauerfall besondere Erfahrungen gemacht. Die meisten ostdeutschen Errungenschaften werden von der Mainstream-Politik aber gar nicht anerkannt, sondern abgewertet. Dabei sind sie wertvolle Zukunftsimpulse und Alternativen zu sozialer Kälte und kapitalistischer Profitgier. Den kulturellen Demütigungen der Ostdeutschen stellen wir eine selbstbewusste Ostdeutschlandpolitik entgegen. Wir wollen die progressiven Lebensmodelle der Ostdeutschen stärken, zum Beispiel die egalitäreren Rollenvorstellungen von Frauen und in Familien.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für die Aufhebung des Rentenunrechts und damit für eine schnelle Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West mit sofortiger Wirkung?**

Wir verstehen uns im Unterschied zu den anderen Parteien als ostdeutsche Interessenvertreterin. Gleiche Löhne und Renten für gleiche Arbeit und Lebensleistung sind unser oberstes Ziel für Ostdeutschland. Wir wollen unverzüglich, spätestens aber bis 2019 die steuerfinanzierte Rentenangleichung unter Beibehaltung der Umrechnung der ostdeutschen Entgelte, bis die niedrigeren Ost-Löhne annähernd an den Westdurchschnitt angeglichen sind. Denn sonst werden Abwanderung und Berufspendeln aus dem Osten noch zunehmen, weil niemand mehr für Mini-Löhne und spätere Mini-Renten dort arbeiten will. DIE LINKE setzt sich für gut bezahlte Arbeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft ein, die mehr als verlängerte Werkbank ist. Gegen die ostdeutschen Niedriglöhne wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro einführen. Wir wollen Genossenschaften und gemeinwohlorientiertes, regionales Wirtschaften stärken. Innovative Industrien und Entwicklungen im Osten sollen langfristig besonders gefördert werden.

**Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für eine Aufhebung der menschenrechtsverletzenden Strafrenten gegen Verantwortungsträger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane und damit für die Aufhebung der grundgesetzwidrigen Nutzung des Sozialrechts als Strafrecht?**

Als einzige im Bundestag vertretene Partei hat DIE LINKE (wie vorher die PDS) gegen das Unrecht bei der Überführung von DDR-Rentenanwartschaften gekämpft. Wir haben auch in dieser Legislaturperiode immer wieder parlamentarische Anträge im Bundestag zur Abstimmung gestellt, mit denen das Versorgungsunrecht, die Überführungslücken und die Strafrenten beseitigt werden sollten. Selbstverständlich müssen die als politisches Strafrecht empfundenen Sanktionen bei als staatsnah eingestuften Personen und allen beim Ministerium für Staatsicherheit Beschäftigten unverzüglich aufgehoben werden. Diese Eingriffe in die Rentenformel halten wir für politische Willkür, die sofort abgeschafft werden muss.